



**Die finanzielle Lage der oberösterreichischen Gemeinden
in der Wirtschaftskrise**

Pressekonferenz am 3. Mai 2010

Arbeiterkammer Oberösterreich, Linz

Ass.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Johann Bröthaler

Technische Universität Wien

Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, E280

Fachbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik, E280/3

Resselgasse 5/2/2, 1040 Wien

Tel: +43/1/58801-26710

Fax: +43/1/58801-26799

E-Mail: johann.broethaler@tuwien.ac.at

1. Ausgangslage

Als Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise verzeichnete Österreich im Jahr 2009 den stärksten Konjunkturunbruch in der Nachkriegszeit mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 3,6 %. Die Wirtschaftskrise hat in den öffentlichen Budgets in Österreich tiefe Spuren hinterlassen. Insbesondere die Steuereinnahmen (und hier vor allem Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer) sind nach einem starken Anstieg in den letzten drei Jahren von 2008 auf 2009 um rund 6 % eingebrochen. Für 2010 wird ein weiterer Rückgang, auch also Folge der Steuerreform, um rund 1 % erwartet. Ab 2011 wird mit einem gedämpften Wachstum des Steueraufkommens gerechnet. Über den Finanzausgleich sind alle Gebietskörperschaften von dieser Entwicklung betroffen.

Die Gemeinden sind zum einen mit diesen rückläufigen Einnahmen aus dem Finanzausgleich, die rund ein Drittel ihrer gesamten Einnahmen ausmachen, sowie stagnierenden eigenen Steuern konfrontiert. Zum anderen steigen gleichzeitig die laufenden Ausgaben, insbesondere im Bereich Sozialhilfe und Gesundheit sowie durch zusätzliche Aufgaben, etwa im Bereich der institutionellen Kinderbetreuung. Diese Einnahmen-Ausgaben-Schere geht in der Wirtschaftskrise verstärkt auseinander und verschärft die bestehenden Probleme der Gemeindefinanzierung.

Unter diesen Gesichtspunkten wurde die Entwicklung der Finanzlage der OÖ Gemeinden 2000–2013 untersucht. Es ist zu beachten, dass eine Abschätzung der Budgetentwicklung derzeit mit größeren Unsicherheiten verbunden ist. Flächendeckende Daten zu den Gemeindehaushalten liegen derzeit nur bis zum Jahr 2008 vor – die Abschätzung der geänderten Entwicklungstrends ab 2009 basiert auf Wachstumsannahmen gemäß Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz (April 2010) und gemäß Konjunkturprognose des Wifo (März 2010).

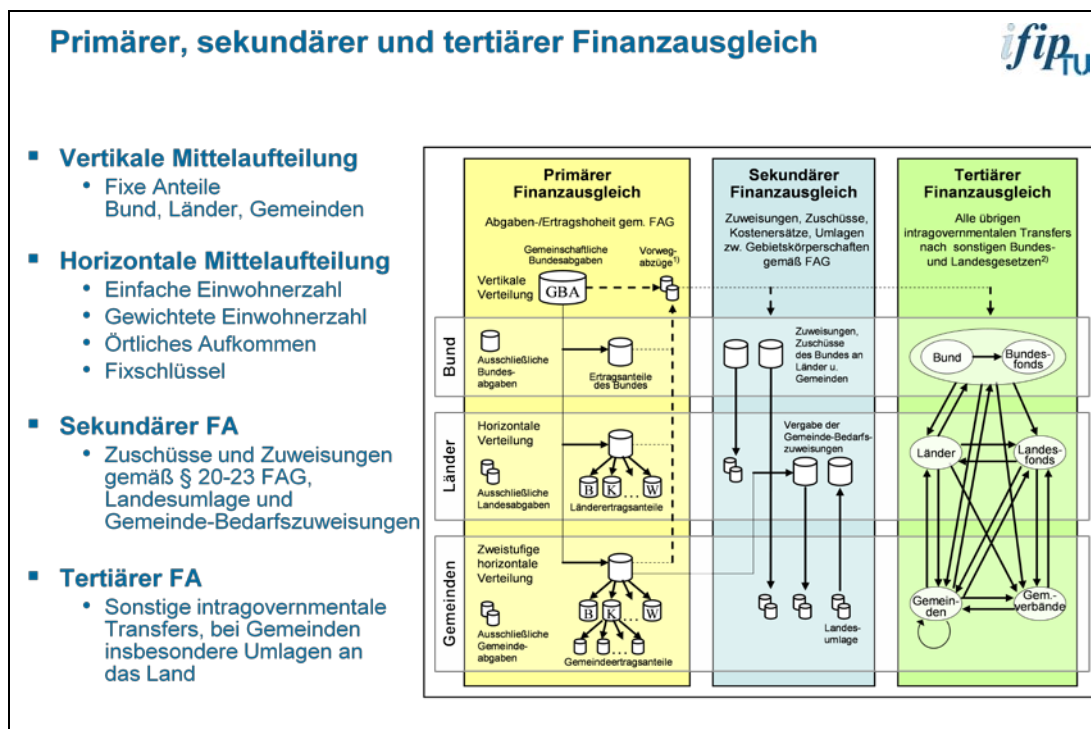


Abbildung 1: Aufteilung der Abgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im „primären Finanzausgleich“ und ergänzende Mittelverteilung über Transfers im „sekundären Finanzausgleich“ (gemäß Finanzausgleichsgesetz) sowie sonstige Transfers zwischen öffentlichen Rechtsträgern (v.a. Ko-Finanzierung) im „tertiären Finanzausgleich“

2. Sinkende Einnahmen der Gemeinden

Etwa ein Drittel der Einnahmen der Gemeinden stammen aus Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Diese Steuererträge werden nach einem fixen Schlüssel zwischen Bund, Länder und Gemeinden geteilt und auf die Gemeinden überwiegend nach der einfachen und gewichteten Einwohnerzahl aufgeteilt.

- Die Ertragsanteile stagnierten im Zeitraum 2000–2005 (der Anstieg im Jahr 2001 war auf Vorzieheffekte der Steuerreform und die Einführung des Getränkesteuerausgleichs zurückzuführen). Bis 2008 stiegen die Ertragsanteile durch die gute Konjunktur stark an. 2009 fielen diese Einnahmen durch die aktuelle Wirtschaftskrise deutlich zurück.
- Die (rechnerischen) Ertragsanteile der OÖ Gemeinden sanken von 1.093 Mio. €(2008) um knapp 8 % (85 Mio. €) auf 1.007 Mio. €(2009). Gemäß Prognose des gesamten Steueraufkommens wird das Niveau von 2008 erst wieder im Jahr 2013 erreicht.
- Ab dem Jahr 2009 kommt die jährliche Einwohnerzahl gemäß Bevölkerungstatistik bei der Mittelverteilung zur Anwendung. Das unterdurchschnittliche Einwohnerwachstum von 2001–2008 (OÖ 2,4 % gegenüber österreichweit 3,6 %) bewirkt für OÖ einen leichten Rückgang der länderspezifischen Anteile (von 15,9 auf 15,8 %).

Die eigenen Abgaben machen rund ein Fünftel der Einnahmen der Gemeinden aus (OÖ Gemeinden 2008 rd. 623 Mio. €). Nach einem jährlichen Anstieg um 4-5 % in den letzten Jahren ist von 2008 auf 2009 mit einem Rückgang um etwa 1 % zu rechnen. Bei den weiteren Einnahmen (Transfereinnahmen sowie Einkünfte aus Besitz und Unternehmertätigkeit) wird insgesamt von einem schwachen Wachstum ausgegangen.

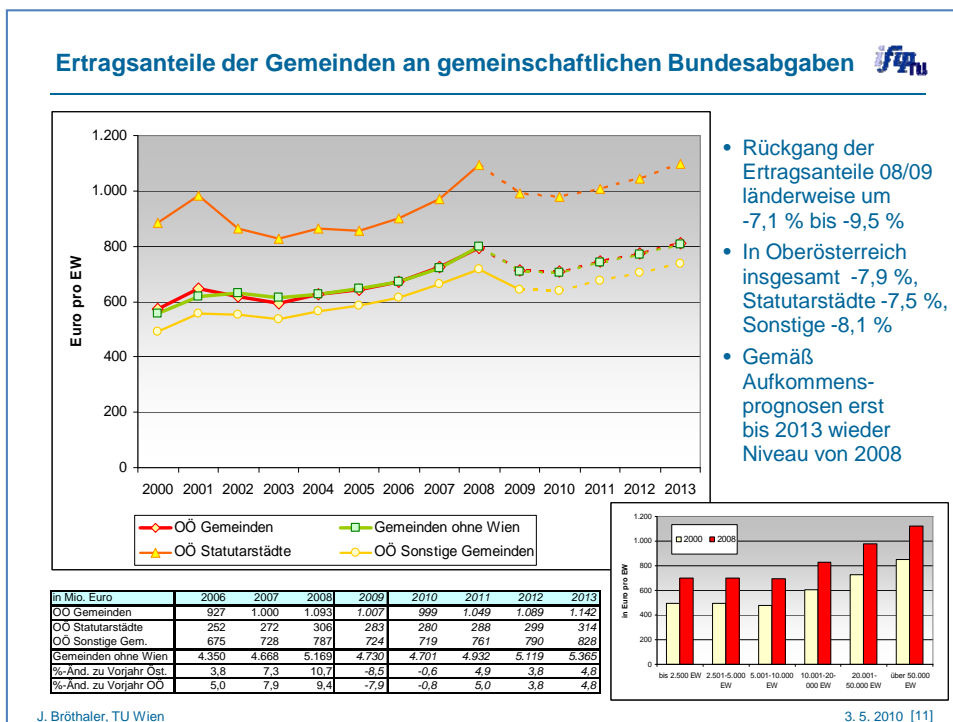


Abbildung 2: Primärer Finanzausgleich: Anteil der Gemeinden an gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

3. Steigende Ausgaben der Gemeinden

Die Entwicklung auf der Ausgabenseite wird bei den Gemeinden in den letzten Jahren durch den dramatischen Anstieg der Transferausgaben an Träger öffentlichen Rechts geprägt. Diese umfassen insbesondere Ko-Finanzierung für Landesaufgaben (Umlagen für Sozialhilfe und Krankenanstalten). Diese Transferausgaben stiegen zuletzt jährlich um 6–9 %. Im Jahr 2008 betragen diese Mittelabflüsse der OÖ Gemeinden insgesamt –763 Mio. € (saldiert mit Transfer-einnahmen von öffentlichen Rechtsträgern –347 Mio. €). In den nächsten Jahren ist mit einem weiteren erheblichen Anstieg um 9–10 % pro Jahr zu rechnen. Bei den Personal- und Sachausgaben (rund 45 % der Ausgaben) wird von einem moderaten Wachstum im Ausmaß der Inflation ausgegangen.

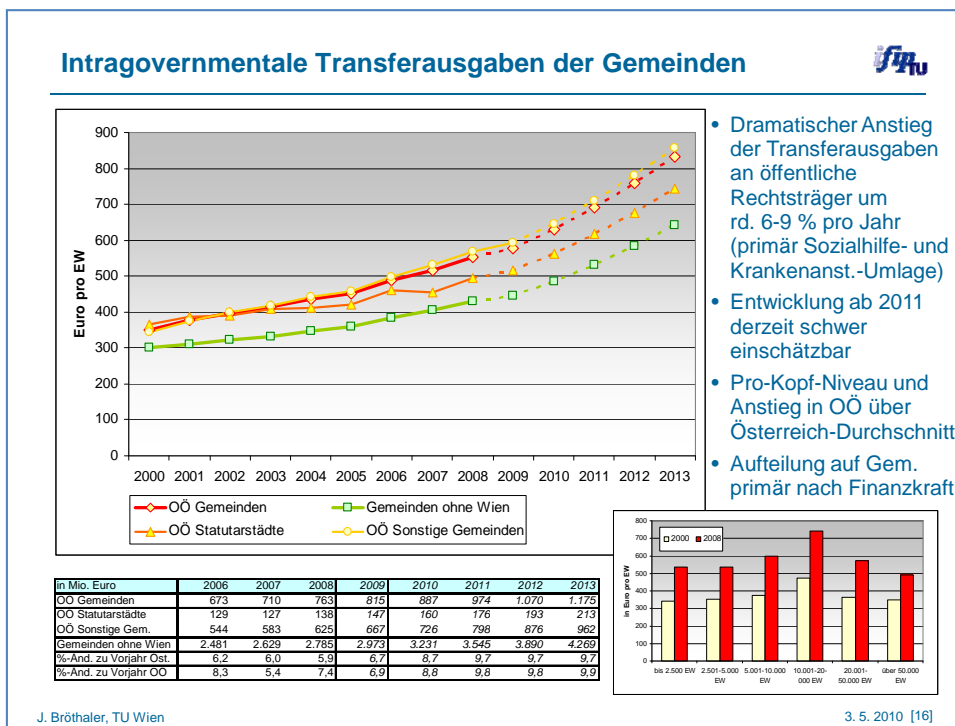


Abbildung 3: Transferausgaben der Gemeinden an andere öffentliche Rechtsträger

4. Sinkender laufender Finanzierungsspielraum

Die sinkenden laufenden Einnahmen auf der einen Seite und die stark steigenden laufenden Ausgaben auf der anderen Seite führen ab 2009 zu einem dramatischen Einbruch der Überschüsse der laufenden Gebarung: Im Jahr 2007 betrug der Saldo der laufenden Gebarung der OÖ Gemeinden insgesamt +250 Mio. € 2008 sank dieser auf 224 Mio. € Für 2009 ist nach der vorliegenden Abschätzung mit einem Absturz auf 16 Mio. € zu rechnen. In den Jahren ab 2010 ist insgesamt mit einem negativen Saldo zu rechnen, das heißt, dass die laufenden Ausgaben nicht mehr aus laufenden Einnahmen finanziert werden können und die Gemeinden auf Ko-Finanzierung (Abgangsdeckung) bzw. Fremdfinanzierung angewiesen sind. Bis zum Jahr 2013 könnte sich ohne Gegenmaßnahmen der Abgang der OÖ Gemeinden auf insgesamt -227 Millionen Euro erhöhen.

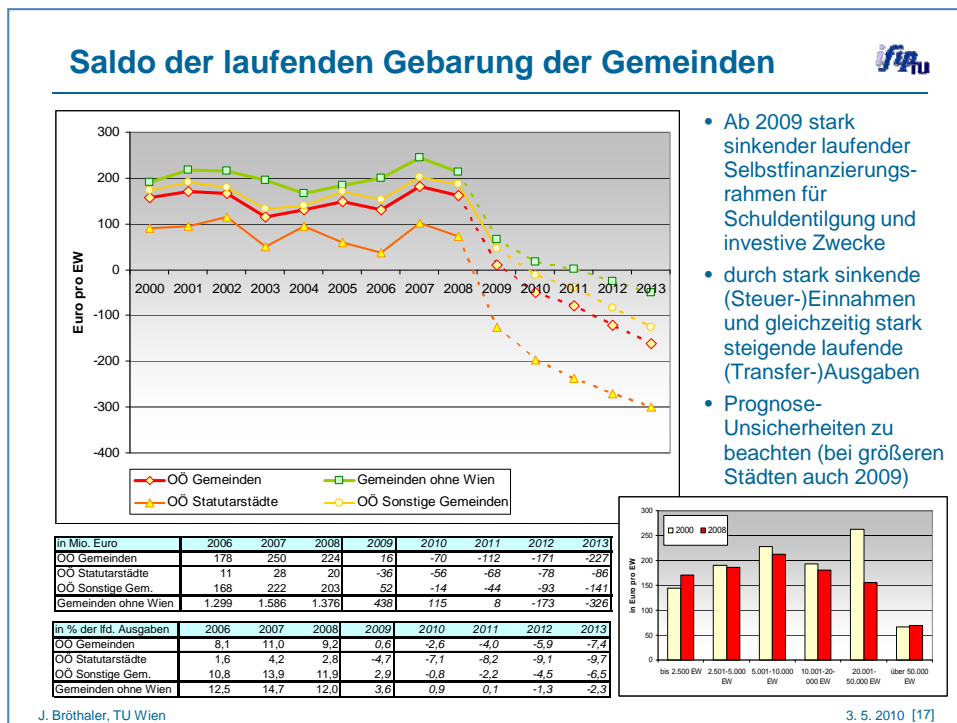


Abbildung 4: Saldo der laufenden Gebarung der Gemeinden (laufende Einnahmen minus laufende Ausgaben)

5. Sinkender Finanzierungsrahmen für investive Zwecke

Wenn Gemeinden investieren, brauchen sie „freie“ Finanzmittel, über die sie verfügen können. Der laufende Selbstfinanzierungsrahmen für investive Zwecke (Saldo der laufenden Gebarung abzüglich Schuldentilgung) aller OÖ Gemeinden betrug im Jahr 2008 insgesamt 96 Mio. € Bereits im Jahr 2009 dürfte die Freie Finanzspitze der ÖO Gemeinden insgesamt negativ sein (– 117 Mio. €). Das heisst, dass nicht nur Mittel für Investitionen fehlen, sondern dass Mittel gebraucht werden, *bevor* überhaupt Investitionen möglich sind. Bei den gegebenen Entwicklungstrends könnte die Freie Finanzspitze bis 2013 auf über –360 Mio. € sinken.

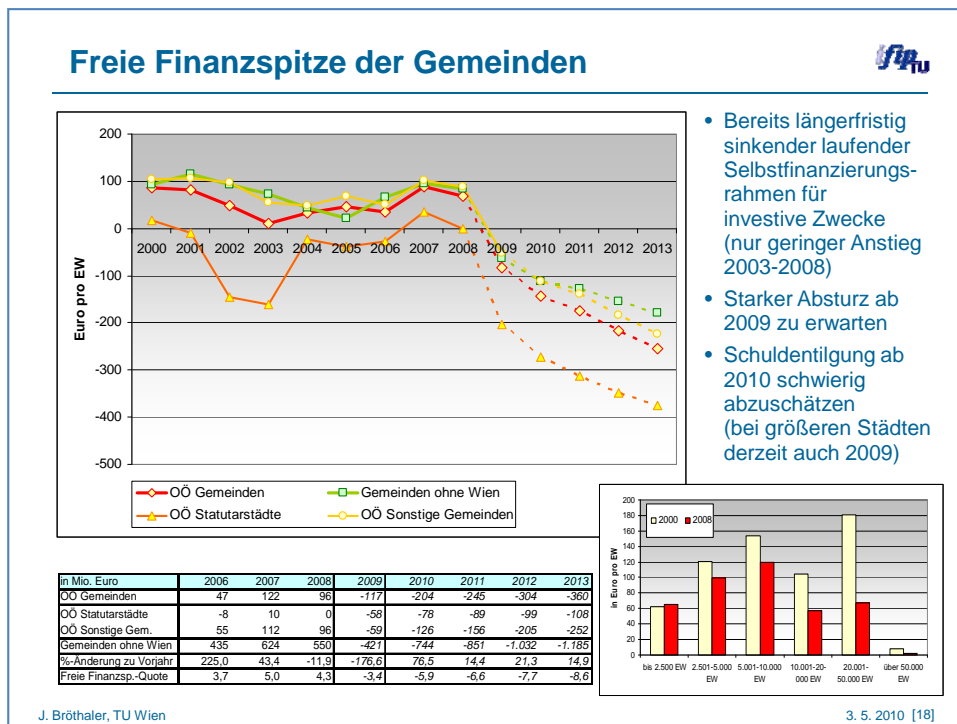


Abbildung 5: Freie Finanzspitzen (laufender Selbstfinanzierungsrahmen für investive Zwecke) dreht ins Minus.

6. Selbstfinanzierung der Gemeinden im derzeitigen System unmöglich

Die oberösterreichischen Gemeinden sind zusammenfassend ab 2009 mit einer dramatischen Entwicklung der Finanzlage konfrontiert. Der finanzielle Handlungsspielraum für die Gemeinden selbst ist gering. Ohne Gegenmaßnahmen des Bundes und der Länder werden sie bis 2013 am stetig zunehmenden Tropf der Abgangsfinanzierung hängen.

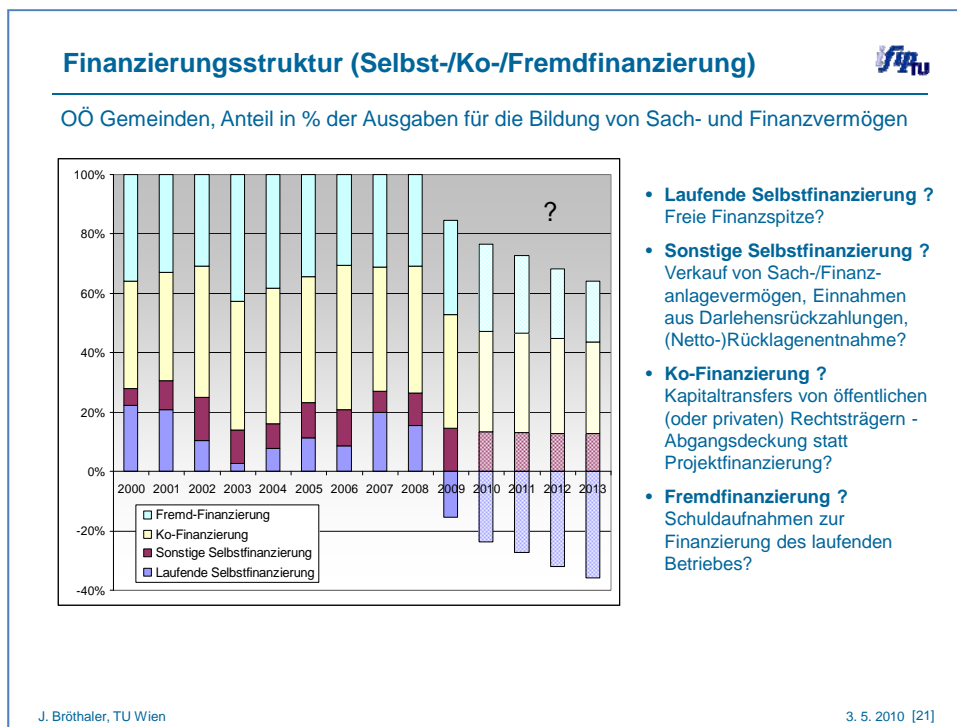


Abbildung 6: Finanzierungsstruktur der oberösterreichischen Gemeinden: Ab 2010 klappt eine Einnahmen-Ausgaben-Lücke, die jährlich weiter aufgeht.